

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Küssdorf, El. Gaiden, Heinrichsdorf, Marienan, Reudorf, Ortmannsdorf, Wilsen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermühlen, Kubschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 70.

Hauptinspektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang.

Mittwoch, den 26. März

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 3 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. 42 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Werbestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Ober-Straße 5b, alle Postanstalten Postboten, sowie die Kreispostämter entgegen. — Inserate werden die fünfzehntägige Grundzeit, mit 25, für auswärtige Besteller mit 30 Pfg. berechnet. — Rückzahlungen 60 Pfg. — In sämtlichen Teilen kostet die zweispaltige Zeile 75 Pfg., für Auswärtige 90 Pfg. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lichtenstein.

Zuckerhonig, L. M. R. B. Abschnitt 18, 1/2 Pfund 40 Pfg.
Graupen, L. M. R. A. Abschnitt 1, 100 Gramm 10 Pfg.

Unter dem Pferdebestande des Gehöfts „Alberthöhe“ ist die Räude ausgebrochen.

Stadtrat Lichtenstein, am 24. März 1919.

Handelschule Lichtenstein.

Die Entlassung der Schüler der 1. Klasse findet am Donnerstag, den 27. März vormittags 10 Uhr in öffentlicher Feier im Festsaal des Fachschulgebäudes statt.

Dazu laden die Lehrerinnen und Eltern der Schüler, sowie Behörden und Freunde herzlich ein

Hugo Perrotet,
Vorsitzender des Schulausschusses.

Arno Weiß,
Direktor.

Öffentliche Stadtgemeinderats-Sitzung in Callenberg, Donnerstag, den 27. März, abends 7 Uhr.

Zuckerhonig.

Donnerstag, den 27. März. Auf den Kopf 1/2 Pfund für 40 Pfg. Lebensmittelkarte B — Marke 35. — Nr. 1—600 vormittags 8—9 Uhr, Nr. 601—1200 vormittags 9—10 Uhr, Nr. 1201—1800 vormittags 10—11 Uhr, Nr. 1801—2400 vormittags 11—12 Uhr, Nr. 2401—Schluß mittags 12 bis 1 Uhr.

Der Ortsnahrungsausschuß für Callenberg.

12 Festmeter **Thorn- und Eschenstämme** (Durchmesser 16—34 cm),
7 Festmeter **Eichenstämme** (Durchmesser 31—46 cm)
zu verkaufen.

Preisangebote bis 31. März 1919

Küssdorf, den 24. März 1919.

Der Gemeindevorstand.

Kurze wichtige Nachrichten.

* „Sun“ schreibt: Präsident Wilson wird am 1. Juni die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland wieder aufnehmen, um den Wiederaufbau Deutschlands zu unterstützen, und zu fördern, und die Militärten zu gleichem Vorgehen zu ermutigen.

* Der in Stuttgart gebildete Einigungsausschuß der Arbeiterkassen beschloß, nachdem von der Regierung die Forderung auf Freilassung der verhafteten Spartakistenführer und Wiederzulassung von Versammlungen unter freiem Himmel abgelehnt worden waren, den Generalstreik. Tag und Stunde sollen von einer Kommission noch festgesetzt werden. — Nur immer tiefer in den Sumpf hinein.

* Nach der Londoner Nachricht eines dänischen Blattes hat die norwegische Lebensmittelkommission beim obersten Wirtschaftsrat der Verbündeten in Paris die Erlaubnis zur Ausfuhr von Heringen und 7500 Tonnen Fett von Norwegen nach Deutschland erwirkt.

* Aus Paris wird gemeldet: Die britischen Delegierten haben im Rat der Vierzehn Widerpruch erhoben gegen die Abtretung von Danzig an Polen und verlangen weiter, daß der Zugang zum Meere nicht die von den Polen verlangte Breite von 100 Kilometern erhalten dürfe, sondern wesentlich schmaler sein müsse.

* In Danzig fand am Sonntag eine mächtige Kundgebung des deutschen Bürgertums statt, an der schätzungsweise 60 000 Personen teilnahmen. Der Wille Danzigs, deutsch zu bleiben, fand überwältigenden Ausdruck.

* Am 1. Mai will Köln eine Universität eröffnen.

* Londoner Blätter melden, daß die Ergebnisse in Ungarn in Paris tiefen Eindruck gemacht haben und dort als ernste Mahnung angesehen werden, daß man die Verhandlungen zum Abschluß des Friedens beschleunigen müsse, weil man sonst Unruhen in der ganzen Welt zu befürchten habe.

* Wie aus Paris berichtet wird, ist **Donnerstag abends 8 Uhr der Kriegszustand des Verbandes mit Ungarn eingetreten. Die Russen haben Ungarn ihre Hilfe versprochen.**

— Wie der „Temps“ meldet, beschloßen die Alliierten die Erhöhung der Besatzungsarmee in Ungarn um vier Divisionen. Die Salonikarmee erhielt Befehl zur Besetzung Rumaniens.

* Die Garinison Graudenz, die gegenwärtig 10 000 Mann stark ist, wird sich jedem Versuche einer Angliederung Westpreußens an Polen mit Waffengewalt widersetzen.

* In der „Westminster Gazette“ wird berechnet, daß die Eroberung der deutschen Kolonien in Afrika den Verbündeten zwischen 5 und 6 Milliarden Kosten, wovon der Löwenanteil auf England fiel.

* Ueber das sächsische Regierungsprogramm fand gestern in der Volkskammer eine eingehende Aussprache statt, in der erst einige Redner zu Worte kamen.

* Der sozialistische Parteitag wird für den 10. Juni nach Weimar einberufen.

* In Gusskirchen drangen am 21. März 10 bewaffnete Räuber, darunter vier in Soldatenuniform, in die Reichsbanknebenstelle ein, raubten rund 1 1/2 Million Mark und fuhrten mit einem Kraftwagen davon.

Die Reichseisenbahnfrage.

Nach einer Meldung des „Dresdner Anzeigers“ haben in den letzten Tagen in Berlin zwischen dem Reichseisenbahnministerium und dem preussischen Ministerium Verhandlungen wegen der Uebernahme der Eisenbahnen in die Reichsverwaltung stattgefunden. Als fester Zeitpunkt der Uebernahme sämtlicher Staats-Eisenbahnen soll der 1. April 1921 in Aussicht genommen sein.

Hierzu erfährt unser WSB-Berichter auf Anfrage im sächsischen Finanzministerium, daß zurzeit noch nicht feststeht, wie sich die bundesstaatlichen Verwaltungen dazu stellen. Die Reichseisenbahnidee ist eigentlich fast so alt wie das Reich. In den siebziger Jahren hat Bismarck bekanntlich schon versucht, die Reichseisenbahnen durchzuführen. Er hat damals das Reichseisenbahnamt begründet in der Meinung, daß sich daran die Vereinfachung der Eisenbahnen anschließen würde. Dieser Plan ist damals im Widerstand der Bundesstaaten gescheitert, die auf ihre Eisenbahnhoheit und ihren Eisenbahnbetrieb nicht verzichten wollten. Aber die Reichseisenbahnidee war damit nicht tot; sie ist immer wieder einmal aufzuleben und schließlich hat es sich dabei eigentlich gar nicht mehr um allzu große Meinungsverschiedenheiten gehandelt. Allerdings war der Wunsch vorhanden, daß die Eisenbahnen als einheitliches Netz in Deutschland verwaltet würden. Die Notwendigkeit hierfür wurde natürlich auch von den Bundesstaaten anerkannt; die Reichsverfassung von 1871 schrieb ja auch ausdrücklich vor, daß die deutschen Eisenbahnen wie ein einheitliches Netz zu verwalten sind. Dieses Prinzip ist auch in allen wesentlichen Punkten durchgeführt worden. Das kann man schon daraus ersehen, daß, wenn jemand in Deutschland reist, er kann an irgend etwas merken, daß er die Landesgrenze der Bundesstaaten überschreitet. Denn die Personenzüge gehen durch, es werden durchgehende Fahrkarten ausgegeben, das Gepäck wird durchgehend befördert, die Bau- und Betriebsordnung und die Eisenbahnerfahrordnung gelten überall gleichmäßig, ebenso gelten gemeinsame Fachdienstvorschriften. Die Güterwagen gehen ebenfalls über alle Landesgrenzen durch. Von ganz besonderer Bedeutung in dieser Beziehung ist der Staatsbahnwagenverband der sämtlichen deutschen Güterwagen zu einem Güterwagenverband zusammengeschlossen, dergestalt, daß dieser Wagen von jeder Verwaltung beliebig benutzt wird u. daß eine vollständige Freizügigkeit der Güterwagen besteht. Für eine Vereinheitlichung würde also nicht

mehr allzuviel Raum sein. Selbstverständlich würde aber bei der Schaffung von Reichseisenbahnen sich noch manches vereinfachen und erleichtern lassen, namentlich im Betriebe, was bei der im Lande bestehenden Mehrzahl der Verwaltungen nicht so leicht durchführbar ist. Die Kosten der Verwaltung würden sich wohl kaum verbilligen. Jedenfalls werden die Ersparnisse, die zu erzielen sind, von Fachleuten nicht sehr hoch veranschlagt, weil eben in den hauptsächlichsten Beziehungen die Vereinheitlichung bereits durchgeführt ist. Der Staatswagenverband hat vor allem Dingen bewirkt, daß sehr viel Verkilometer erspart worden sind, weil früher z. B. die preussischen Wagen in Sachsen ausrangiert und nach der Entladung leer nach Preußen zurückgefahren werden mußten. Jetzt findet die Zuführung der Wagen an die Eigentumsverwaltung nicht mehr statt, wenigstens im allgemeinen nicht mehr, weil eben alle Wagen freizügig sind, und jede deutsche Verwaltung jeden deutschen Wagen beliebig verwenden kann. Hierdurch werden aber nicht bloß Verkilometer gespart, sondern durch den Wegfall der sehr zahlreichen Rangierbewegungen behäufte Wärschschleusen werden auch die Rangierbahnhöfe nicht mehr so in Anspruch genommen. Infolgedessen sind Erweiterungen dieser Bahnhöfe nicht mehr in dem Maße nötig, wie es unter den früheren Verhältnissen nötig gewesen wäre. Hierin liegen natürlich große Ersparnisse.

Das Anlagekapital der sächsischen Staats-Eisenbahnen beläuft sich auf beinahe leindrittel Milliarde Mk. Die Betriebsüberschüsse betragen im Jahre 1911 63,15 Millionen Mark, 1912 52,36 Millionen Mark, 1913 52,56 Millionen Mark, 1914 24,12 Millionen Mark, im Jahre 1915 32,21 Millionen Mark, im Jahre 1916 45,71 Millionen Mark und 1917 34,28 Millionen Mark. Für 1918 ist mit einem ganz erheblichen Defizit zu rechnen. Da wird sich statt eines im Veranschlag vorgesehene Ueberschusses von 49,58 Millionen Mark ein Zuschuß von etwa 50 Millionen Mark nötig machen. Man kann die Befürchtung nicht von der Hand weisen, daß der Zuschuß im Jahre 1919 noch wesentlich größer wird. Das ist hauptsächlich auf die enorme große Steigerung der Materialpreise zurückzuführen und auf die überaus große Steigerung der Personalkosten, namentlich der Löhne. Bei der vollständigen Ungewißheit der künftigen finanziellen Entwicklung ist es natürlich sehr schwer, den wirklichen Wert der Eisenbahnen festzustellen, und Reich und Bundesstaaten werden hinsichtlich der Auseinandersetzung vor schwierige Aufgaben gestellt sein.

Wie Deutschland die Kriegsstoffen der Entente bezahlen soll.

Amsterdam, 23. März. Dem Reuterschen Bureau wird aus Paris gemeldet: Die Frage der Schadenersatzvergütung und der Festsetzung der deutschen Grenz-

... steht zurzeit im Vordergrund. Die Sachverständigenkommission hat die Forderung der Schadenergütung auf acht Milliarden Pfund Sterling ermäßigt. Dieser Betrag wird, einschließlich der Zinsen, über vierzig Jahre verteilt, auf sechzehn Milliarden Pfund Sterling steigen. Nach Meinung der amerikanischen Fachleute aber sind die zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Kräfte und Hilfsmittel Deutschlands im In- und Auslande auf höchstens 2400000 Pfund Sterling zu schätzen. Das Saarbecken ist hier nicht in Anrechnung gebracht, weil es nach dem Urteil der Kommission von den Verbündeten konfisziert werden kann. Um das Gleichgewicht wiederherzustellen, glaubt man, daß Amerika auf die Besserung der deutschen Handelsmacht hinarbeitet. Dadurch ist die Frage aufgeworfen, inwieweit die deutsche Industrie mit den Industrien der übrigen Welt konkurrieren kann. Die französischen Vertreter sind der Ansicht, daß die deutsche Industrie durch Besteuerung der Ein- und Ausfuhr geknebelt werden müsse. Die amerikanische Auffassung dagegen geht dahin, Deutschland zu gestatten, seine Industriekapazität wieder aufzunehmen, damit es in dieser Weise die Kriegskosten an die Verbündeten zahlen kann. Die Sachverständigenkommission hält es für möglich, daß die deutsche Ein- und Ausfuhr jährlich etwa sechzehn Millionen Pfund Sterling betragen würde, sobald die Zahlung auf zwölf Jahre verteilt werden könne. Diese Ansicht teilt auch die amerikanische Delegation. Aber nicht alle Abgeordneten können sich mit ihr befremden. Es bestehen weiterhin Meinungsverschiedenheiten über die den einzelnen Staaten zukommende Schadenergütung. Die Franzosen beanspruchen den Vorrang weil ihr Gebiet am meisten verwüstet worden ist während die Engländer eine gleichmäßige Verteilung der Kriegskosten wünschen. Frankreich erklärt die schwersten materiellen Einbußen erlitten zu haben, während es sein Volk am stärksten besteuerte. Die Amerikaner haben ihre Forderung in Höhe von 400 Millionen Pfund Sterling eingereicht, welche Ansprüche auf der Forderung von 5000 Pfund für jedes auf ungeschickte Weise umgekommene Menschenleben beruhen, ohne die im Kriege Gefallenen zu berücksichtigen.

Deutsches Reich.

Dresden. (Sächsische Steuerpläne.) Darüber weiß das „Leipziger Tageblatt“ zu berichten: Die Regierung beabsichtigt, im Herbst eine Junggesellensteuer zu erlassen. Die Veranlagung kann jetzt nicht mehr erfolgen, da die Arbeiten schon weit gediehen sind. Es soll überhaupt eine neue Steuerart eingeführt und ein neues Einkommensteuergesetz erlassen werden. Ferner soll eine andere Schätzung der landwirtschaftlichen Einkommen in Zukunft vorgenommen werden. Es bestand bisher nämlich der Brauch der generellen Schätzung in den Gemeinden. Das neue Gesetz wird aber eine individuelle Schätzung der landwirtschaftlichen Einkommen vorschreiben, wovon die Regierung bedeutend höhere Steuerbeträge erwartet.

(Sachsens Benachteiligung in der deutschen Friedensabhandlung.) Ein einziger Sachse befindet sich unter den 38 deutschen Vertretern auf der Friedenskonferenz. Ein neues Beispiel für die unerhörte Zurücksetzung Sachsens durch Berlin! Angesichts der Bedeutung Sachsens als Ausfuhrland und in Anbetracht der Wichtigkeit der sächsischen Metall-, Textil-, Tabak-, Rauchwaren- und Buchdruckindustrie müßte Sachsen viel stärker vertreten sein. Die sächsische Regierung hatte denn auch rechtzeitig entsprechende Wünsche in Berlin geäußert, allein in der Frage der Zurücksetzung Sachsens handelt die neue Reichs-

regierung genau wie die alte: man kümmert sich einfach nicht um sächsische Wünsche und Interessen. Sachsen durfte zwar nach Preußen die höchste Kriegsteuer zahlen, viel mehr als das größere Bayern und das gleichgroße Württemberg — aber zu verlangen hat es nichts. Wann wird endlich die unleidliche sächsische Gebuld ein Ende haben?

Berlin. (Die neue preussische Regierung.) Die neue preussische Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Hirsch, Inneres Seine, Finanzen Südekum, Landwirtschaft Braun, Kultus Hähnisch, Eisenbahn Dejer (Demokrat), Handel Fischbeck (Demokrat), das Zentrum erhält das Justiz- und das Wohlfahrtsamt. Die Namen der Abgeordneten für die betreffenden Ressorts werden jedoch erst im Laufe des Nachmittags bekanntgegeben. Ferner soll jede Partei zwei Unterstaatssekretäre stellen. Die neue preussische Regierung wird sich morgen mittags 12 Uhr der Landesversammlung vorstellen. Die grundsätzliche Einigung zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten ist in dem von uns bereits gemeldeten Sinne vollzogen worden.

(Die Orientkämpfer.) Am Sonntag trafen die Orientkämpfer in Wilhelmshafen ein. Sie waren unter Führung des Majors Niederer von Mossul quer durch Kleinasien nach der Küste marschiert. Die Truppen wurden von militärischen und städtischen Behörden begrüßt.

(Maßnahmen an der schlesischen Grenze.) Der Reichswehrminister und der preussische Kriegsminister antworteten auf eine Anfrage des Abgeordneten Bachmann, daß die in letzter Zeit bedeutend vermehrten tschechischen Truppenansammlungen an den Grenzen der Grafschaft Glatz der Regierung bekannt sind. Soweit zuverlässige Truppen zur Verfügung stehen, haben die zuständigen Stellen die notwendigen Maßnahmen durchgeföhrt, um allen etwaigen Einmärschen entgegenzutreten.

(Die Ausfuhr der deutschen Lebensmittelmittel.) Bis Montag mittags sind von Hamburg insgesamt 27 Dampfer mit 200000 Bruttoregistertonnen Rauminhalt gemäß dem Lebensmittelsabkommen mit der Entente ausgelaufen. Die deutschen Zahlungsmittel sind bereits in Brüssel eingetroffen. Am Sonntagabend lagerten, wie die „S. B. am Mittag“ meldet, in Rotterdam 2000 Tonnen Fett und 250000 Liter kondensierter Milch zum Abrollen bereit (eine Kiste kondensierter Milch enthält 48 Büchsen zu je einem Pfund.) Diese Vorräte sollen nun abrollen. Die beiden ersten amerikanischen Lebensmittelschiffe sollen am 28. März in Hamburg eintreffen.

(Für ein blühendes Deutschland kann zahlen!) Ueber die Kriegsschadigungen erzählt Reuters von einer Initiative britischer Seite aus Paris, daß bisher nur darüber eine Einigung erzielt wurde, daß Deutschland jeden Pfennig zahlen muß, den es aufbringen kann, daß es aber nicht annähernd alles bezahlen kann. In der Frage, innerhalb welcher Zeit die Entschädigung gezahlt werden würde oder könnte, seien einige Sachverständige für 30, andere für 50 Jahre gewesen; alle Sachverständigen seien der Meinung, daß man eine wirklich befriedigende Entschädigung nur von einem blühenden Deutschland erwarten könne.

(Danzig.) Die Reichsregierung und die preussische Regierung erhalten von der deutschen Bevölkerung aus den durch die Landung der polnischen Truppen in Danzig bedrohten Provinzen eine Flut von Depeschen, in denen die Einwohnerschaft ganzer Gegenden sich zur militärischen Abwehr zur Verfügung stellt und die Regierung auf das dringendste auffordert, den Durchmarsch der Armee Haller zu verhüten.

berit. In politischen Kreisen hofft man, daß bei der heutigen Verhandlung in Paris die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt wurde, um ein Blutvergießen zu verhindern.

(Englische Auffassung über das deutsche Saargebiet.) „Times“ schreibt: Was soll mit dem Saargebiet geschehen? Wenn man mit Wilson der Ansicht ist, daß die Lösung jeder Gebietsfrage im Interesse und zum Schutze der davon betroffenen Bevölkerung und nicht als ein Teil eines bloßen Vertrages oder Vergleiches durchgeföhrt werden müsse, dann kann man schwerlich mit den französischen Forderungen sympathisieren, denn die Bewohner des Saargebietes sind ganz ohne Zweifel nicht nur ihrer Sprache und Geburt nach deutsch, sondern ihrer Bildung, ihren Beziehungen und ihrer Verwandtschaft nach. Sogar französisch: Stimmen erkennen diese Tatsache an und geben zu, daß Frankreich nach dem Besitz des Saargebietes wegen seiner Steinkohlen strebt. — Warum zieht England aus dieser Erkenntnis nicht die Folgen?

(Das große Sterben im bolschewistischen Rußland.) „Affosion Press“ meldet, daß laut amtlichen Angaben in Petersburg im Laufe des Monats Februar 130000 Personen, d. h. 11 v. H. der gesamten Bevölkerung, gestorben sind. In Moskau herrschten ähnliche Zustände. Beide Städte werden von Pest, Typhus und Hungerthypus heimgesucht. Auch mehrere charakteristische Fälle wurden festgestellt. In Moskau sind Anfang Februar wiederholt über 4000 Personen täglich gestorben. In den Dörfern gehört auch Werblow, der Präsident des Volkswirtschaftsrates des altußrischen Sowjetkongresses.

(Protestkundgebungen in Schleswig.) Bei Kundgebungen von Tausenden schleswig-holsteinischer Männer und Frauen für die Zugehörigkeit zu Deutschland wurden Entschuldigungen gefordert, in denen Protest gegen jegliche Abtretung schleswig-holsteinischen Bodens an Danemark erhoben und denen, die im Westen Deutschlands für die Gründung einer westdeutschen Republik Stimmung machen, zugerufen wird: Verlaßt eure Mutter nicht in Zeiten der Not! Zum Schluß heißt es in der Entschuldigung: „Wir gebeten in Dankbarkeit der Väter, die hier auf historischem Boden für Schleswig-Holsteins Freiheit und Selbständigkeit gekämpft und gestritten haben, und geloben, in Treue fest, dafür einzustehen, daß die letzten Blätter zusammen zu ewig ungedeckt.“

Aus Nahe und Fern

Lichtenstein, 25. März.

* — **Arbeit oder Hunger?** In der Nationalversammlung hat ein sozialistischer Abgeordneter das glückliche Wort geprägt: „Nur die Arbeit kann den Hunger aus Deutschland vertreiben!“ Wir sind immer noch der selben Meinung; daß man mit Geld, noch dazu mit stark entwertetem Papiergeld alles kaufen kann, weil dies scheinbar den Tatsachen entspricht. Nein, die durch den Schleichhandel auf den Markt gebrachten Lebensmittel sind quantitativ viel zu gering, um der großen Masse zugänglich zu sein. Durch noch so große Lohnerhöhungen wird man diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, denn mit jeder Lohnsteigerung verbindet sich naturgemäß ein erneutes Steigen der Lebensmittelpreise. Was kann die Arbeit daran ändern? Sie schafft Werte in der Industrie und damit Kaufobjekte für den Lebensmittelsbezug aus dem Auslande. Sie ermöglicht den Einkauf von Lebensmitteln gegen Kohle, Kalk, Erze und Fertigfabrikate, die wir mit unserem entwerteten Papiergeld nicht erreichen können. Noch

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.
Amerikanisches Copyright by M. Klein & Co.

31. Nachdruck verboten.
„Ja — es ist mir recht.“
„Ist nun alles klar zwischen uns, liebe Nora?“
Mit einem langen Wink sah sie ihn an, als müsse sie sich seine Züge einprägen für alle Zeit.
„Ja, es ist alles klar.“
„Und nun sehen Sie nicht mehr so traurig aus. Haben Sie doch ein wenig Vertrauen zum Lenker unserer Schicksale. Glauben Sie, er hätte sich so viele Mühe gegeben, alles ins Rechte Gleis zu bringen, wenn er sein Werk wieder zerstören wollte? Wenn ich an Sie denke, möchte ich Sie mit einem frohen, glücklichen Gesicht vor mir sehen. Wissen Sie, daß es hier an dieser Stelle war, wo ich Ihnen nach meiner Rückkehr nach Trollwitz zuerst begegnete?“
Sie nickte mit leuchtenden Augen.
„Ja — ich weiß es und werde es nie, niemals vergessen.“
„Sie traten da drüben aus den Büschen hervor. Ich hatte Sie singen hören — ein liebes, frohes Lied. Und dann sahen Sie uns, Günter und mich, mit großen, dunklen Kinderaugen an. Jetzt haben Ihre Augen einen anderen Ausdruck, Nora Sie sind schöner geworden und tiefer. Aber zum Abschied möchte ich ein frohes Gesicht von Ihnen sehen. Lächeln Sie mich einmal an — ja — bitte — damit ich an dies Lächeln denken kann.“
Da hobte sie seine Hand und legte wieder ihre Lippen darauf. So verharrete sie eine Weile und er

merkte, daß sie unter der Macht ihres Gesichts zitterte. „Nora“, bat er weich.
Seine Stimme hatte den bestrickenden Klang, der schon so vielen Frauen gefährlich geworden war.
Da hob sie das Antlitz empor, und nun lag ein helles Glückseligkeit darauf.
Er zog sie an den Händen nahe an sich heran und sah ihr tief in die Augen.
„Heute sind Sie noch an Günter gebunden. Aber wenn wir uns wiedersehen, dann darf ich Sie in meine Arme, an mein Herz nehmen. Und daran will ich denken draußen in der Schlacht. Beten Sie für mich, daß wir uns wiedersehen mögen. Und nun gehen Sie — ich will hier noch warten, bis ich Sie im Hause weiß.“
„Beten Sie wohl — und Gott behüte Sie vor allen Gefahren — Ich will mit der ganzen Imbrunn mit meiner Seele für Sie beten“, sagte sie leise.
Er küßte ihr die Hand, und sie ging schnell davon. Nicht war keine Müdigkeit mehr in ihrer Haltung. Nach einer Weile sah sie sich noch einmal nach ihm um und sah ihn nun mit einem Lächeln, so wie er es gewünscht hatte.
Aber als sie sich hahn abwandte und seinen Blicken entsehunden war, liefen ihr große Tränen über die Wangen, Tränen, an denen Glück und Schmerz zu gleichen Teilen schuld waren.
Fürst Egon sah der schlanken Gestalt nach, in seinem Herzen war ein seltsam weiches Gefühl. Es war das Reimen eines neuen, jungen Glückes, das sich in seiner Seele regte.
Langsam, in Gedanken versunken, bestieg er das Auto wieder und fuhr schnell nach Trollwitz zurück. Einen Augenblick erwachte der Wunsch in ihm, gleich nach Rainau zu fahren und mit Günter zu sprechen.

Aber dann dachte er daran, daß er Nora versprochen hatte, daß Günter erst morgen, wenn sie abgereist wären, erfahren sollte, was jetzt geschehen war.
So fuhr er direkt nach Trollwitz zurück. Weder die Fürstin, noch Lottemarie hatten seine Abwesenheit bemerkt.
22. Kapitel.
Bei Tisch fand Egon keine Gelegenheit, mit Lottemarie zu sprechen. Die Fürstin war in schlimmster Laune, weil sie sich vor der Trennung von ihrem Reigen fürchtete. So lieb sie einen Menschen haben konnte, so lieb hatte sie ihn.
Aber das wollte sie nicht zeigen.
Nach Tisch zog sie sich zurück, um ihre Mittagruhe zu halten, und Fürst Egon sagte zu Lottemarie:
„Ich möchte gern etwas mit Ihnen besprechen. Haben Sie Zeit für mich?“
„Gewiß, Durchlaucht. Solange die Fürstin ruht bin ich vollkommen frei“, erwiderte Lottemarie.
Sie sah noch immer sehr blaß aus und mußte sich sichtlich zur Ruhe zwingen.
„Wenn es Ihnen recht ist, gehen wir in den Park. Fräulein Lottemarie. Am letzten Tage meines Lebens möchte ich noch eine frohe Stunde in Ihrer Gesellschaft verleben. Wer weiß, ob es nicht die letzte sein wird.“
Ein Schatten flog über Lottemaries Gesicht.
„Das wird Gott nicht wollen, Durchlaucht“, sagte sie leise.
Sie nahmen auf einer Bank Platz und er saß lächelnd in ihr schönes Gesicht schend.
„So werde ich Sie nun im Gedächtnis behalten. Fräulein Lottemarie, wenn ich im Feindesland auf Lagerfeuer sitze und an die Heimat denke, über neuen

günstiger stehen die Dinge in der Landwirtschaft. Hier werden ganz unmittelbar durch intensive Bearbeitung des Bodens Lebensmittel in erhöhtem Maße erzeugt und damit der Hunger der Massen gestillt. Arbeitslosigkeit und Belagerung zur Arbeit erzeugen Hunger; nur durch die Arbeit ist der Hunger, der mehr als 4 Jahre so zersetzend auf das Leben des Volkes gewirkt hat, aus unserem Vaterlande zu vertreiben.

Lohntarif. Für die Lichtenstein-Collnberger und Hohenstein-Ernstthaler Webereibetriebe ist vom 15. März bis 31. September 1919 ein Lohntarif abgeschlossen worden. Weber und Weberinnen dürfen pro Stunde nicht unter 95 bezw. 70 Pfg. verdienen. Für Spulerinnen, Treiberinnen und Ausnäherinnen dürfen pro Stunde nicht unter 60 Pfg. gezahlt werden.

W. S. 3. Neuordnung des gesamten Schulwesens. Von zuständiger Seite im Kultusministerium erfährt unser Vertreter, daß die Anträge der Leipziger Studentenschaft auf Änderungen im Universitätswesen gegenwärtig vom Leipziger Senat geprüft und darnach dem Kultusministerium zur Einsicht vorgelegt werden. Für die höheren Schulen ist bereits ein neuer Lehrplan versuchsweise eingeführt worden, worüber wie dieser Tage näheres berichtet. Es muß nun abgewartet werden, wie sich dieser Plan bewährt. Was das Volksschulwesen anbelangt, so ist die Einheitschule auf Grund des Notgesetzes bereits von Ostern 1919 an einzuführen. Eine weitere Reform und Neuordnung des Volksschulwesens wird gegenwärtig im Kultusministerium vorbereitet. Mit einer umfassenden Vorlage an die Volkskammer kann jedoch in der nächsten Zeit noch nicht gerechnet werden, da dazu längere wichtige Beratungen mit Sachverständigen und im Kultusministerium selbst notwendig sind.

W. M. Die Ernährungsfrage. Die 10. Sitzung des Pressebeirats beim Landeslebensmittelamt am 20. März 1919 gab den Vertretern der Presse Gelegenheit, für die Volksernährung wichtige Tagesfragen zur ausführlichen Besprechung zu bringen. Ueber die nächsten Ausichten der Versorgung wurde mitgeteilt, daß man damit rechnet, etwa 400 Gr. amerikanisches Fleisch oder Speck als Sonderzuweisung verteilen zu können zum Preise von schätzungsweise 4 bis 5 Mark das Pfund. In Aussicht steht eine größere Menge holländisches Weißkraut. Die mitteldeutsche Streikbewegung hatte seine Beförderung bisher verzögert. In der Zeit vom 16. April bis 15. Mai werden den Kommunalverbänden 2 Pfund Nahrungsmittel auf den Kopf zur planmäßigen Weiterverteilung zugewiesen werden, ohne die etwa notwendigen Sonderzuweisungen für da oder dort vielleicht ausfallende Kartoffellieferungen. Da Muscheln jetzt wieder in großer Menge zur Verfügung stehen, wird den Kommunalverbänden dringend empfohlen, dies zu beschleunigen u. nahrhafte Lebensmittel möglichst reichlich zu beziehen.

Heimkehr aus der Gefangenschaft. Der erste Transport schwerverwundeter und schwerkranker deutscher Kriegsgefangener verläßt, wie die französische Kommission in Spa mitteilt, Lyon am 24. März und geht über Belgien nach Deutschland. Er umfaßt 350 Gefangene, von denen etwa 100 getötet werden müssen.

Der Rücktritt der alten Beamten in Sachsen. Die sächsische Regierung wird demnächst eine Verordnung ergehen lassen, die alle über 65

Man wird noch ein anderer Frauenkopf austauschen — ein brünetter Frauenkopf mit dunklen Augen, in denen die Sehnsucht glüht. Sa. Fräulein Lotkamarie, mein Herz ist auf dem besten Wege, Ihnen abzugeben zu werden und sich einer anderen zuzuwenden, bei der ich mir Trost holen werde für die verschiedenen Kränke, die Sie mir verabreicht haben.

Fräulein sah sie ihn an.
„Es sollte mich sehr freuen, Durchlaucht, wenn die die Wunde heilen würde, die ich Ihnen ohne mein Verschulden schlagen mußte.“

Er ließ seinen Blick unverwandt auf ihr ruhen. Jetzt, da ihre Nähe mit der alten Zauberkraft auf ihn wirkte, verblaß das Bild der Kontesse wieder. „Der er zwang in sich nieder, was nochmals aufsteigen wollte.“

„Nun, vielleicht wird sie eines Tages darnach sein, diese Wunde. Aber nicht davon wollte ich mit Ihnen sprechen. Ich bemerkte das nur nebenbei, um Ihnen einen Druck von der Seele zu nehmen. Denn ich weiß, ein wenig Leid habe ich Ihnen doch getan.“

„Nicht nur ein wenig, Durchlaucht — sehr Leid haben Sie mir getan. Und es würde eine Last von meiner Seele nehmen, wüßte ich, daß Sie über diese Enttäuschung hinwegkommen wären.“

„Nun also, werfen Sie diese Last von sich. Ich habe mir die beste Medizin gegen eine unglückliche Liebe verschrieben — eine neue Liebe. Sehen Sie nur, was ich für ein Schmetterling bin.“

Die Ängstliche leise.
„Man braucht nicht unbedingt ein Schmetterling zu sein, wenn man sich von einer unglücklichen, unerwünschten Neigung einer glücklichen zuwendet.“

(Fortsetzung folgt)

Jahre alten Beamten zum Rücktritt von ihren Ämtern auffordert. Es sollen zwar, um Härten zu vermeiden, Ausnahmen gestattet sein, doch wird die Gesamtheit der älteren Beamten durch diese Verordnung ein wenig überrascht sein.

Stutenmusterung und Fohlenschau der 3-jährigen selbstgezogenen Stuten mit Prämierung findet am 2. April am Gasthofe zu Zeisau statt, weiter für das Zuchtgebiet Reifig am 1. April in Reifig, für das Zuchtgebiet Hartmannsdorf am 1. April in Hartmannsdorf, für das Zuchtgebiet Wildenfels am 7. April in Wildenfels, für das Zuchtgebiet Rahnsdorf am 9. April in Rahnsdorf, und zwar in Reifig, Hartmannsdorf, Wildenfels und Rahnsdorf mit Prämierung der 1- und 2-jährigen Fohlen.

Gefangenenpakete nach Belgien. An deutsche Gefangene in Belgien sind, wie uns der Landesratsrat des Roten Kreuzes in Sachsen schreibt, fortan Postpakete bis 5 Kilogramm zugelassen. Sie sind gebührenfrei und müssen je von einer Paketzarte und einer Zollinhaltsklärung begleitet sein. Im übrigen gelten dieselben Versendungsbedingungen wie für Gefangenenpakete nach anderen Ländern. Nähere Auskünfte erteilen die Auskunfts-, Orts- und Hilfsstellen des Roten Kreuzes.

Wohlfahrtsmarken. Das Reichspostministerium hat verfügt, daß vorerst 1 Million Freimarke zu 10 Pfennig und 1 1/2 Millionen zu 15 Pfennig mit dem schwarzen Aufdruck „5 Pfennig für Kriegsbeschädigte“ hergestellt werden. Diese Marken werden während des Monats Mai mit einem Aufschlag von 5 Pfennig für das Stück, also zum Einzelpreis von 15 und 20 Pfennig ohne Beschränkung ihrer Gültigkeitsdauer bei den Postanstalten des Reichsgebietes zum Verkauf gelangen. Der Ertrag des Aufschlages wird dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten-Fürsorge überwiesen werden. Deutschland hat im Gegensatz zu den meisten verbündeten, neutralen und feindlichen Staaten und ihren Kolonien bisher die Ausgabe von Wohlfahrtsmarken abgelehnt. Diese Tatsache ist mit Rücksicht auf die starke Nachfrage nach derartigen Marken von den Sammlerkreisen auf das Lebhafteste bedauert worden. Es ist deshalb anzunehmen, daß insbesondere die Sammlerkreise der neuen Markenausgabe lebhaftes Interesse entgegenbringen werden. — Von anderer Seite ist das auch kaum zu erwarten, der Handel und Verkehr sind sowieso schon genug belastet.

Dresden. Kohlenzufuhren aus Böhmen wieder gesperrt. Wie gemeldet wird, ist die Lage der Kohlenversorgung in Sachsen trostlos. Die Zufuhren an Braunkohlen aus Böhmen sind nach kurzer Frist wieder gesperrt worden. Die Tschechen treiben in dieser Frage seit Monaten geradezu Schindluder mit Sachsen. Im Dresdener städtischen Kohlenamt spielen sich täglich erregte Auktio ab, da man schließlich doch nicht ganz ohne Kohlen auskommen kann. Die Straßenbahn in Dresden hat am Montag verkehrswidrig den vollen Betrieb wieder aufgenommen, da sie Strom aus den Reberlandzentralen in Gröba und Stützfelde beziehen kann.

Glauchau. Bei der Wahl zum Arbeiterrat am Sonntag wurden hier 4 Sozialdemokraten, 1 Unabhängiger, 1 Kommunist, 2 Demokraten und 1 Christlich-Sozialer gewählt.

Hohenstein-E. (Verhaftung eines Hoteldiebes.) Hier wurde ein junger Mensch festgenommen, als er in einem hiesigen Pfandleihgeschäft ein Deckbett, ein Unterbett und drei Kopfkissen für 300 M. verkaufen wollte. Es stellte sich heraus, daß er nachts vorher in dem Gasthaus „Zur Linde“ an der Lungwitzer Straße übernachtet und dabei die Betten gestohlen hatte. In ihm wurde ein angeblich in Weinböhla wohnhafter 19-jähriger Kaufmann Vilz aus Dresden-Lößtau festgestellt, der noch mehr derartige Diebereien ausgeführt hat.

Leipzig. (Raub.) In der Nähe des Forsthauses Gashwih wurde während des Generalkriegs ein Student von zwei Soldaten und einem Kloßknecht überfallen und seiner Burschenschaft in Höhe von 60 Mark und seiner Uhr beraubt. Dann zwangen die Räuber ihn, in einer Villa einen mit drei Totenkreuzen und „Spartakus“ unterschriebenen Brief abzugeben, der unter Drohungen die Anforderung enthielt, dem Ueberbringer 500 Mk. auszuhandigen.

Ortmannsdorf. (Zwecks Einführung eines freiwilligen Nachschusses), der durch die in letzter Zeit hier überhand genommenen Diebstähle für notwendig erachtet wird, versammelten sich am Sonntagabend im Gemeindehaus ein großer Teil Ortsanwäsiger, sowie einige unanständige Interessenten. Nachdem Herr Gemeindevorstand Schaarlschmidt über Zweck und Einteilung der Patrouillen und über Ausübung des Dienstes gesprochen hatte, wurde festgelegt, eine Nachpatrouille einzuführen, die kurze Zeit vor Beginn des Dienstes eine schriftliche Aufforderung vom Gemeindevorstand erhält. — Im Anschluß an die Versammlung wurde die durch das Wirtschaftsministerium angeordnete Wahl eines Bauern- und Landarbeiterrates vorgenommen, vorläufig nur die Wahl der Bauern. Mit großer Mehrheit wurden gewählt: die Herren Gutsbesitzer

Moritz Sonntag, Oskar Krehshmar und Herr Gartenbesitzer Albin Baumann.

Plauen. (Durch die schnelle Festnahme jener beiden Einbrecher, welche in den Nächten zum Sonntag und Dienstag im Goldwaren-Geschäft der Firma Gustav Thorn und des Uhrmachers Alfred Nürnberger hier zahlreiche Wertgegenstände gestohlen hatten, sind zwei Verbrecher ermittelt worden, denen eine ganze Reihe schwerer Einbrüche zur Last fällt. Bei den Ermittlungen, die ein Beamter der hiesigen Kriminalpolizei in Leipzig nach den fehlenden Schmuck- und Goldwaren anstellte, ergab sich, daß die beiden 18 Jahre alten Burschen, der Schlosser Oskar Bachmann und der Arbeiter Walter Rohbach, während der letzten Unruhen in Leipzig dort Einbrüche über Einbrüche ausgeführt haben. In den Schlupfwinkeln der beiden wurden ganze Kleiderlager entdeckt, welche die Spießbuben aus ihren nächtlichen Raubzügen zusammengetragen hatten. — (Infolge Kohlenmangels) mußte gestern und heute das Elektrizitätswerk stillen und die Straßenbahn stillstehen.

Stangendorf. (Gewählt) wurde als ständiger Lehrer für die hiesige Schule Herr Kirbach aus Schnefeld bei Leipzig.

Plauen. (Wichtiger Fund.) Unter dem Abbruchschutte des Schloßgebäudes Neusa ist ein fauber geschriebenes, in französischer Sprache abgefaßtes Tagebuch aus dem Jahre 1814 gefunden worden. Es wurde dem städtischen Archiv in Plauen überwiesen.

Schneeberg. (Mehl gestohlen.) Nachts haben Diebe aus dem alten Malzhause, in dem die städtischen Mehlvorräte lagern, 30 bis 35 Zentner Mehl gestohlen. Das Mehl soll mit einem Lastauto abgefahren worden sein.

Die Frage der Verstaatlichung des Bergbaues

W. S. 3.

wird in einem interessanten Artikel von Dr. Ing. Eckhardt-Zwickau in der „Sächsischen Industrie“, amtliches Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, eingehend behandelt.

Wir entnehmen diesem Artikel folgende Ausführungen:

Ehe man den Privatunternehmer befragt, sollte man sich fragen, was man dadurch gewinnen kann. Man pflegt den Anteil des Unternehmers am Gewinn erheblich zu überschätzen. Er betrug z. B. bei den öffentlich Rechnung legenden Steinkohlenwerken Sachsens im Jahre 1917 noch nicht 9 Pfg. auf den Zentner abfahrsfähiger Kohle; selbst dieser recht geringfügige Betrag würde bei einer Verstaatlichung der Gruben nicht zur Verfügung stehen, da die bisherigen Eigentümer eine Entschädigung erhalten müssen. Wenn z. B. die Inhaber der Anteile oben genannter Sächsischer Steinkohle 5 prozentige Staatsanleihe zum Kursstande von 1. 1. 14 als Ablösung erhalten hätten, so würde sich im Jahre 1917 nur eine Verbilligung der Kohlen um 1 Pfg. für den Zentner ergeben haben. Da nun bei der Verstaatlichung auch die Befürderer der nur gering prosperierenden Werke entschädigt werden müssen, so würden selbst bei ungenügender Entschädigung der gewinnbringenden Werke die in ungenügender Lage befindlichen die Erwerbung derart verteuern, daß aus dem Wegfall des Unternehmerranges eine Verbilligung der Gesteinskosten keinesfalls zu erwarten ist.

Man verspricht sich durch die Besserstellung der Arbeiter größeres Interesse derselben an dem Ergehen des Unternehmens. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist ein alter sozialpolitischer Wunsch. Sie ist nur dann durchzuführen, wenn der Arbeiter sieht, daß der durch sein Verhalten zu fallende Mehrbetrag einen öffentlichen Vorteil für ihn bedeutet. Bei dem Massenbetrieb eines Bergwerkes ist jedoch der Anteil des Einzelnen am Gesamterfolg zu wenig augenfällig. Die Natur des Bergbaues bedingt häufig, daß von benachbarten Gruben die eine mit glänzendem Gewinn, die andere ohne Gewinn oder gar mit Verlust arbeitet. Die auf der letzteren beschäftigten Arbeiter würden sich benachteiligt fühlen und anderweitige Entschädigungen verlangen, ebenso diejenigen, die während der jahrelangen gewinnlosen Entwicklungszeit auf einem neu angelegten Bergwerk arbeiten. Selbst wenn der Staat von einem allgemeinen Kohlenpreis absehen und mit jeder Belegschaft, besonders dem Zustand der Grube angepasste Preise festsetzen wollte, muß sich durch die nicht voraussehenden natürlichen Verhältnisse oder Betriebszufälle eine größere Schwankung des Reinertrages ergeben, als er durch die persönlichen Bemühungen der Beamten und Arbeiter erzielt werden könnte. Die bisherigen Versuche mit der Gewinnbeteiligung der Arbeiter sind meist daran gescheitert, bei Verringerung oder Ausbleiben Unzufriedenheit und Streit entstand. Die auf die Verstaatlichung des Bergbaues gesetzten Hoffnungen werden sich nur erfüllen, wenn der Staat wirtschaftlicher arbeitet, als der Privateigentümer, bekanntlich arbeiten aber Staatsbetriebe teurer als Privatbetriebe. Die in Preußen beispielsweise erzielten Ergebnisse staatlichen Bergbaues waren so auffallend unglücklicher als die des Privatbergbaues, daß das Abgeordnetenhaus im Jahre 1911 eine besondere Kommission zur Untersuchung der Gründe für die mangelnde Wirtschaftlichkeit einsetzte, die zu einem geradezu vernichtenden Urteil über den Staatsbetrieb gelangt ist.

Es eracht sich, daß die Arbeiter von ihrer Beschäftigung im Staatsbetriebe keinen Vorteil hatten. Trotz niedrigerer Löhne im Saargebiet als in Westfalen, waren die Kohlenpreise im Saargebiet wesentlich höher. Die Schwerfälligkeit des Staatsbetriebes verhindert ihn, sich der jeweiligen Geschäftslage anzupassen. Infolgedessen fehlen dem Verbraucher in Zeiten des größten Bedarfes die Kohlen, entgegen dem Arbeiter die dann erreichbaren Löhne und dem Staat der entsprechende Verdienst. Diese geringe Anpassungsfähigkeit hat ihren natürlichen Grund in der geringen Selbständigkeit der Werkmeister gegenüber Hauptverwaltung und Volksvertretung, der durch langsamen Instanzengang und Festlegung des Haushaltsplanes für längere Zeit am schnelleren Entschluß gehindert ist, die oft die Vorbedingung geschäftlichen Erfolges ist. In Zusammenhang hiermit steht die Belastung der Beamten mit Berichten und Schreibarbeit, und die Unzahl der erforderlichen Beamten. Nun muß man berücksichtigen, daß jetzt die Staatsgruben durch den Wettbewerb mit den Privatgruben zu gewissen Anstrengungen gezwungen werden, die bei Wegfall dieses Bergbaues nicht mehr nötig sind.

Ob sich die Arbeiter auf die Dauer der neuen Sachlage freuen werden, erscheint fraglich. Ihnen steht jetzt nur der Arbeitgeber gegenüber, dann aber die ganze Macht des

Staates, die ihnen die Löhne vorschreiben wird. Noch weniger dürften die Hoffnungen der Verbraucher in Erfüllung gehen. Sachsen ist z. B. auf Jahre hinaus nicht imstande seinen Kohlenbedarf selbst zu decken und deshalb auf Zufuhren aus den Nachbarstaaten angewiesen. Um seine eigene Preispolitik durchzuführen, wird es deshalb zum Kohlenmonopol gezwungen werden und damit zugleich den Wettbewerb der böhmischen Braunkohle ausschalten. Sowohl die Steinkohlen als auch Braunkohlengruben Sachsens haben im Durchschnitt höhere Gesteinskosten als die der im Wettbewerb stehenden Reviere, eine durch die Verstaatlichung verursachte Erhöhung der Kosten wird sich hier also mit besonderer Schärfe geltend machen. Für eine Verstaatlichung liegt hier umsoweniger Anlaß vor, als Sachsen ungeheure eigene Kohlenfelder besitzt und durch deren Erschließung preisregelnd eingreifen kann, als ferner neue Privatwerke nicht entstehen können, die zeitigen aber mit der Zeit absterben. Hier kann der Sächsische Staat zeigen, ob seine Verwaltung der des Privatbergbaues überlegen ist!

Bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse wird das Gesetz von Angebot und Nachfrage einen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage entsprechenden Kohlenpreis herbeiführen. Bis dahin möge die Regierung zum Schutze der Verbraucher die Aussicht über die Kohlenpreise beibehalten. Man hüte sich aber vor zweifelhaften Experimenten. Bereits durch die kommenden Steuern wird dem Staate vom Ertrage der Werke ein beträchtlicher Teil zufallen; durch Ausschaltung des privaten Unternehmungsgewisses und Schaffenstribes läßt sich aber ein Erfolg nicht erzielen.

Gerichtssaal.

Der Raub von 400 000 Mark

war der Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdner Kriegsgericht Erst vorige Woche wurde ein unbescholtener Soldat verurteilt, weil er sich auf dem Rückzuge von Rußland die ganze Bataillonskasse in Höhe von 300 000 Mark angeeignet hatte. Jetzt hat sich der Gefreite der 1. Kompanie des 182 Inf.-Regts. in Freiberg, der Schiffer Max Paul Gierth aus Königstein, der den ganzen Selbstzug mitgemacht hat, nach dem Bericht seiner Vorgesetzten ein Vorbild von Mut und Tapferkeit war, vor dem Kriegsgericht wegen Raubes einer Kriegskasse in Höhe von 405 356,57 Mark zu verantworten. Nach dem Ausbruche der Revolution fanden die 182er in der Ukraine. Das 1. Bataillon dem der Angeklagte angehörte, lag in Melitopol.

Am 1. Dezember kam der Befehl zum Rückzug. Nachdem die Bagage verpackt worden war, wurde der Wagen mit dem Offiziersgepäck und der Kasse in den Hof des von Offizieren und Mannschaften bewohnten Häuserblocks geschoben und dort unbeaufsichtigt stehen gelassen. Gierth hatte dies erfahren. In der Nacht zerschritt er die Zeltplane des Wagens und arbeitete sich durch die Deckung samt der 2 Zentner schweren Kasse hinaus. Mit einem Beil sprengte er die Kasse und steckte das ganze Geld in den Rucksack. Dann begann er die geplünderte Kasse in einem verlassenen Grundstück zu vergraben. Gerade in der besten Arbeit kam zufällig ein Russe in den Garten. Doch Gierth verlor keinen Augenblick die Fassung, griff in den Rucksack und gab dem Russen eine Handvoll Geld (es sollen 2-3000 Mark gewesen sein). Dafür mußte der Russe das Vergraben besorgen. Den Rucksack mit dem Gelde verdeckte Gierth auf einem Hausboden, 40 000 Mark behielt er in den Taschen. Die Tat wurde am anderen Morgen entdeckt und der Verdacht verdichtete sich immer mehr um Gierth. Schließlich wurde er in Haft genommen. Als er dann den Wachtposten mit 10 000 Mark zu bestechen versuchte, nahm man ihn kräftig ins Gebet, worauf er den Diebstahl eingestand und den Versteck des Geldes angab. Das Urteil lautete auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis, 4 Monate gelten als verbüßt.

Gemeinderatsbericht von Mülsen St. Nicolas.

Sachgemäße Erledigung fanden folgende Angelegenheiten: 1. Der Jahresbericht auf das Jahr 1918 wird vom Kassierer Köhner vorgetragen und findet alleseitigen Beifall. — Weiter wird der Haushaltsplan der Gemeinde für 1919 zur Kenntnis des Gemeinderats gebracht und wird selbiger in allen seinen Teilen genehmigt. Für die Verwaltung der Girokasse wird dem Verwalter der Kasse, Gemeindegastwirt Köhner, eine entsprechende Entschädigung gewährt. — Weiter wird der 1. Nachtrag zur Luftverkehrssteuerordnung in 2. Lesung genehmigt. — Weiter wird der Schulvorstand durch Auswahl folgender Gemeinderatsmitglieder ergänzt: Hermann S. übig, Max Pilz und Richard Weigelt. — Dann erstattet

der Vorstehende Bericht über die letzte Besichtigung der Feuerlöschgeräte und hauptsächlich den Bau eines neuen Steigerhauses an Stelle des schadhaften Steigerhauses auf dem Schützenplatz. Das neu zu errichtende Steigerhaus plant man im Garten des Meyer'schen Gasthofes aufzustellen, und wird allseitig gewünscht, daß die Freiwillige Feuerwehr auch späterhin ihr Quartier dort nimmt. Ein Kostenschlag soll beigezogen werden. — Die schadhaften Stellen an den Kommunikationswegen sollen baldigst ausgebessert werden, wenn Kleinmaterial zu bekommen ist. —

Ueber Gewährung eines Beitrages an die Zwickauer Gewerbeschule sagt man noch keine endgültige Entscheidung, und will man erst noch Erkundigungen in dieser Angelegenheit bei den Nachbargemeinden einziehen. — Dem Verkauf des Flurstückes vor dem Fröhlich'schen Restaurationsgrundstück wird zugestimmt, und wird der Vorstehende ermächtigt, das Weitere in die Wege zu leiten. — Schließlich werden noch verschiedene Punkte erledigt, die sich aber nicht zur Veröffentlichung eignen.

Bankhaus Payer & Heinze,

Lichtenstein-Callenberg,

Badergasse 6.

Hauptgeschäft Chemnitz.

Schwesterfiliale Burgstädt

empfehlen

mündelmässige Anlagewerte.

Kirchennachrichten für Lichtenstein.

Der für morgen Mittwoch angekündigte 7. Bibelstudiumstag des Herrn P. Koch findet bereits heute Dienstag, den 25. März, abends 7/8 Uhr statt.

Kirchennachrichten für Hohndorf.

Heute Dienstag, den 25. März, abends 8 Uhr Gemeindefeststunde.

Mittwoch, den 26. März, abend 7/8 Uhr Jungfrauenverein.

Freitag, den 28. März, abend 8 Uhr Bibelbesprechungsstunde.

Kreisverein für Innere Mission.

Montag, den 31. März, nachmittags 4 Uhr findet im

Saale des christlichen Vereinshauses in Glauchau (Hoffnung) die 36. ordentliche

Hauptversammlung

des Kreisvereins mit folgender Tagesordnung statt:

- 1) Jahresbericht für 1917,
- 2) Rechnungs- und Vermögensübersicht für 1917,
- 3) Beihilfen für 1918 und 1919,
- 4) Erziehungswahl.

Anträge der Vereinsmitglieder für die Hauptversammlung sind mindestens 3 Tage vorher schriftlich bei dem Vorsitzenden des Kreisvereins anzubringen.

Um zahlreiche Teilnahme an der Hauptversammlung wird gebeten.

Das Direktorium.

Amtshauptmann Freiherr v. Welck,
Vorsitzender.

Gesucht werden:

Erdarbeiter, Bergarbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen, auch ungelernete, Gärtner, Zementarbeiter, Maurer, Tischler, Schuster, Schneider, Steinschläger nach auswärts.

Vermittlung erfolgt kostenlos durch den

Bezirksarbeitsnachweis Glauchau,
— Fernruf 33. —

Mehrere Hundert Meter

Wasserleitungsrohre,

5 cm weit, auf ihre Druckfestigkeit geprüfte prima

Siedentischer Tonrohre

habe noch billig zu verkaufen. Ebenso halte ich Grabumfassungen und Grabsteine am Lager.

Lichtensteiner Zementwarenfabrik u. Baumaterialien

Albin Schreyer.

Parkettböden fertig verlegt,

Parkettwachs empfiehlt

Gustav Colditz jun., Parkettfabrik Auorbach i. V.

Wertmeister - Verein

Delsnig-Hohndorf.

Die geehrten Mitglieder werden hierdurch gebeten, sich an der Beerbigung der verstorbenen Frau Steiger Hohndorf, Hauptstraße, Mittwoch nachmittags 3 Uhr, sowie des verstorbenen Kollegen, Herrn Steiger Emil John, Delsnig, Untere Hauptstraße, Donnerstag Mittag 1/2 1 Uhr zahlreich zu beteiligen.

Der Vorstand.

Gardinestangen
Portierenstangen
Messingstangen
Vitrageeinrichtungen
Zugleinrichtungen
Storessenrichtungen

alles in jeder Länge.

Möbelhaus

Anton Pokorny,
Lichtenstein,
Hauptstraße. Ecke Badergasse.

Größeren Posten reinen
Tabak,

auch an Wiederverkäufer,

empfehlen

Zigarrenhaus

H. Mauerberger,

Badergasse 7. Badergasse 7.

Höchste Preise

für
Eisen, Metalle,
Lampen, Knochen,
Papier usw.

zahlt

Richard Selbmann,

Topfmarkt 4.

Hangschlösser

empfehlen

Ernst Krohn, Lichtenstein.

16-18 jähriger

Knecht

für Landwirtschaft gesucht.

Adolf Schubert,

Mülsen St. Jacob.

Zeichnungen

auf

4% Kommunalkreditbriefe

der

Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden zu Dresden

nehmen die unterzeichneten Spar- bzw. Girokassen vom 31. März bis 19. April während ihrer Geschäftsstunden zum Kurse von

95%

für 100 Mark Nennwert entgegen.

Die Kommunalkreditbriefe sind mündelsicher. — Ihre Sicherheit ruht auf dem Vermögen der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden zu Dresden, den Stammanteilen ihrer Mitglieder und auf der nach Maßgabe der Anstaltsatzung unbeschränkten und gesamtschuldnerischen Haftung von über 300 sächsischen Städten und Landgemeinden mit über 1 750 000 Einwohnern, sowie der 28 amts-hauptmannschaftlichen Bezirksverbände (mit zusammen über 3 000 000 Einwohnern).

Stadtparkasse Lichtenstein.

Callenberg.

Gemeindeparkasse St. Egidien.

Hohndorf.

Mülsen St. Jacob.

Gemeindegirokasse Mülsen St. Nicolas.

Druckfachen aller Art

liefern die

„Sageblatt“-Druckerei

Zahlreiche Kranke

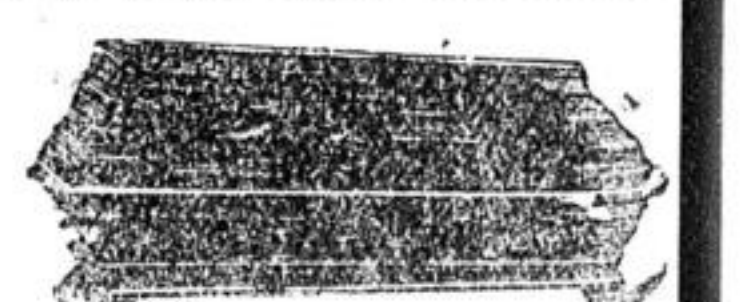
wie Beinleiden, Geschwür, Flechten, Haut- u. Geschlechtskranke, Rheumatismus, Herz-, Nieren-, Wurm-, Magen- und Darmleiden, nervöse Zustände, Bettläger etc., auch erfolglos behandelte fanden noch Hilfe durch das elektro-therap. Heilverfahren.

Institut Emil Hauptmann

Chemnitz, Lindenstr. 19.

Kleine Anzeigen

sind bei Aufgabe der Einfachheit halber sofort zu bezahlen.



in allen Preislagen auf Lager
Kinderfärge von 4 Mk. an
große von 28 Mk. an, Pflasterfärge von 90 Mark an bei Paul Thonfeld

Hausmädchen

gesucht. Offerten an die Geschäftsstelle d. S. B. erbitten.